

(Die Essay-Folge „Langsame Moderne“ besteht aus drei Einzeltexten, die im August geschrieben wurden)

Aus der „großen Transformation“ der Welt ist das angstvolle Zählen täglicher Corona-Infektionen geworden. Deutschland steckt in einer Sackgasse.
(Langsame Moderne, Teil 1)

Kein großer Ausweg in Sicht

25. August 2020, Gerd Held

Die Sommerpause geht zu Ende. Normalerweise macht sich ein Land dann mit neuen Kräften ans Werk. Die Menschen finden ihre angestammten Aufgaben und Plätze wieder. Wo es die eine oder andere Veränderung gibt, geht man das Neue mit Zuversicht an. Doch das ist nicht die Stimmung im Lande. Die Grundsicherheiten, die das Tun der Bürger bisher noch getragen haben, sind erschüttert. Das Gefühl, dass alles „auf einem guten Weg“ ist, ist fast gänzlich verschwunden. Wirtschaft, Bildung, Verkehr, öffentliches Leben – alles steht unter Vorbehalt. Ein Gefühl der Aussichtslosigkeit macht sich breit.

Das hängt nicht nur mit „Corona“ zusammen, sondern auch mit anderen „Großthemen“, die das Regieren in Deutschland bestimmen. Dabei ist es nicht so, dass wirklich ein großes Unglück über das Land hereingebrochen ist - ein wirkliches Massensterben durch eine tödliche Krankheit, eine wirkliche planetare Überhitzung, eine Atom-Katastrophe oder ein Krieg zwischen den Großmächten. Vielmehr gibt es begrenzte Probleme, die von der Politik ohne Not ins Grundsätzliche gewendet werden und dadurch zu unendlichen, im Grunde aussichtslosen Baustellen werden. Die Deutschen, die lange Zeit auf die (relative) Solidität ihres Landes vertrauen konnten, müssen feststellen, dass die Entscheidungen der Regierenden nicht zu greifbaren Resultaten zu führen.

Ein doppelter Extremismus

Die Wendung der Probleme ins Grundsätzliche entlastet nicht, sondern führt zu immer neuen Lasten. Das hängt damit zusammen, dass hier eine merkwürdige, doppelte Grundsätzlichkeit herrscht, die zu zwei Extremen führt: Auf der einen Seite werden die größten Weltgefahren beschworen – also ein negatives Extrem aufgebaut. Zugleich werden auf der anderen Seite die größten Weltumbau-Pläne entworfen und damit die Abwehr vor Gefahren ebenfalls auf eine extreme Höhe getrieben. So wird eine gespaltene Welt zwischen dem absolut Schlechten und Bösen auf der einen Seite, und dem absolut Schönen und Guten auf der anderen Seite konstruiert. Wie soll daraus eine haltbare Regierungsarbeit entstehen? Alle bisherigen Aufbauleistungen des Landes werden ja für nichtig erklärt – siehe die großen Anklagen gegen die „fossile“ Energiegrundlage und die „rassistische“ Sozialgrundlage der Neuzeit. Unser ganzes heutiges Arbeiten und Leben soll wider „die Natur“ und wider „den Menschen“ sein. Aus diesem absolut Negativen soll dann ein absolut Positives werden?

In der Realität hat diese schlechte Grundsätzlichkeit zu zerstörerischen Regierungs-Entscheidungen geführt. Man hat Normen, Auflagen und Stilllegungen gegen die Stromgewinnung aus Kohle und Kernkraft beschlossen; auch gegen Fahrzeugantriebe durch Verbrennungsmotoren. Das hat man getan, ohne dass gleichwertige technische Alternativen zur Verfügung stehen. Man hat einfach die alten Brücken verbrannt, und auf das Nichts gebaut, das schon irgendeine Lösung bringen wird. Im gleichen Zuge, in dem die inneren Entwicklungsleistungen des Westens immer negativer bewertet wurden, wurden pauschale Grenzöffnungen für Migranten beschlossen, von denen ein großer Teil nicht mehr als das Merkmal der Entwurzelung mitbrachten. Und man versucht jetzt, aus der Finanznot der europäischen Länder einen europäischen „Wiederaufbau“ zu machen – man will eine „ganz neue“ Gemeinschaft Europas bilden, deren einziges Gemeinschafts-Merkmal die Überschuldung ist. Bei alledem wird deutlich, wohin die negative Dialektik führt, die große Notlagen in große Lösungen verwandeln will. Sie hat nur die Bestände und Grundsicherheiten zerstört, die für jedes größere, dauerhafte Werk der Bürger unentbehrlich ist.

Die Corona-Krise als Lehrstück

Die Entwicklung der Corona-Krise zeigt genau diese Tendenz, ein begrenztes Problem ins Grundsätzliche zu wenden. Was zu Beginn ein vertretbarer Nothalt war, ist inzwischen zu einem Dauerzustand geworden, von dem nicht klar ist, wie er jemals wieder in die Normalität zurückgeführt werden kann. Denn es ist zu einer bedeutsamen Erweiterung der Krisendefinition gekommen. Am Anfang ging es um die Bewältigung der schweren Krankheitsverläufe, um Lebensrettung durch Intensivmedizin. Die Epidemie sollte um jeden Preis gedämpft werden, um einen Zusammenbruch des Gesundheitssystems zu vermeiden. Von diesem Zusammenbruch sind wir inzwischen weit entfernt. Wir wissen auch, dass es keinen engen Zusammenhang zwischen Infektionszahl und lebensgefährlichen Krankheitsverläufen gibt. Doch nun wurde die „Infektionslage“ zum Dreh- und Angelpunkt der Corona-Krise erklärt. Schon bei einem Ansteigen der Infektionen wird wieder mit einem „Close down“ bei Betrieben, Schulen, Geschäften, Gaststätten, Kultur- und Sportstätten gedroht. Oder es drohen Auflagen, die ein sinnvolles und wirtschaftliches Arbeiten nicht ermöglichen.

Politik und Medien bombardieren das Publikum inzwischen täglich mit Infektionszahlen, und erwecken den Eindruck, schon diese Zahlen wären ein Problem auf Leben und Tod. So ist die gesamte Tätigkeit des Landes unter Vorbehalt gestellt, ohne dass irgendein Element sichtbar wäre, das aus der Situation hinausführen könnte. Die Corona-Welle ist zur Dauer-Welle geworden. Für die Menschen ist das Hin und Her zwischen „Lockerung“ und „Schließung“ nicht mehr nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist, warum im einen Fall (Öffentliche Verkehrsmittel und Bahnhöfe) enge Massenkontakte zugelassen werden, während sie bei Wirtschafts- und Kultureinrichtungen, bei großen Kultur- und Sportveranstaltungen untersagt werden. Die Menschen sehen auch, dass die Regierenden gerne von Ferne großflächige Testpflichten verordnen, aber sich im Nahbereich scheuen, die Quarantäne eines Wohnblocks wirklich durchzusetzen. Das alles zusammen schafft kein Vertrauen. Vor allem wird damit jedes längerfristige Engagement der Bürger – Investitionen, Berufswege, Bildungsgänge – entmutigt. Wirtschaft, Infrastrukturen, soziale und kulturellen Einrichtungen zehren von ihrem Kapital, ihren Beständen, ihrer Substanz. Sie bluten allmählich aus.

Wenn die Gesellschaft ihre eigene Existenzgrundlage nicht mehr sieht

Dies Drama findet aber größtenteils im Verborgenen statt. Es steht gar nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Obwohl das Ausbluten nun schon fast ein halbes Jahr dauert und mittlerweile eine hohe Zahl von Insolvenzen, Stilllegungen und Arbeitsplatzverlusten droht, ist von dieser Gesamtkrise des Landes gar nicht die Rede. Es wird so getan, als wären wir nur in einer Gesundheitskrise – als hätten wir nur ein virologisch-medizinisches Problem. Alles andere wird nur unter „Kolateralschäden“ verbucht, also unter Nebenwirkungen. Damit aber kann gar keine Abwägung zwischen unterschiedlichen Aufgaben im Lande stattfinden. Die öffentliche Wahrnehmung und Diskussion ist völlig vereinseitigt. Das Virus regiert, und unter seinem Regiment schrumpft Deutschland zu einem Land zusammen, indem alles mit der Gesundheit steht und fällt.

Die Regierenden würden gar keine Notiz davon nehmen, wenn ihre Bürger schon längst pleite wären. Sie haben den Eindruck erweckt, die zunehmende Schieflage von Wirtschaft, öffentlicher Infrastruktur und Kultur, sei gar nicht so alarmierend, sondern würde – nach einer „Übergangs-Finanzierung“ auf Pump – irgendwie schon wieder von selbst ins Lot kommen. Gewiss kann man nicht von Virologen verlangen, dass sie zugleich Wirtschaftsfachleute sind. Aber man kann verlangen, dass sie sich über den begrenzten Standpunkt ihres Fachs im Klaren sind, und dass sie deshalb die Entwicklungen in fremden Bereichen – wie der Wirtschaft – mit besonderer Aufmerksamkeit zur Kenntnis nehmen. In starken Epochen der Moderne konnte man diesen erweiterten Wahrnehmungshorizont finden, für unsere Gegenwart scheint eher das Gegenteil zu gelten.

Wie konnte es geschehen, dass auf einmal ein ganzes Land nur noch im Modus „Corona-Krise“ tickt? Wie sehr muss sich die Wahrnehmungsfähigkeit einer Gesellschaft verengt haben, wenn sie so schnell unter die Dominanz virologisch-medizinischer Sichtweisen gerät? Wo das geschieht, kann das Gesamtniveau eines modernen Landes nicht mehr gehalten werden.

Eine geschichtliche Prüfung für die Bundesrepublik

Es geht hier um mehr als um ein Wahrnehmungsproblem. Es geht um den komplexen Gesamtbau von modernen Ländern und um die Institutionen, die diesen Bau sichern. Denn die Grundsicherheit der Bürger, die ihre aktive Rolle und ihr langfristiges Engagement trägt, steht und fällt nicht mit einer Einzelfrage – und sei es eine so gewichtige Frage wie die Gesundheit. Nach einem halben Jahr, in dem sich zahlreiche Länder in einem Ausnahmezustand namens „Corona-Krise“ befinden, ist klar, dass hier eine geschichtliche Prüfung stattfindet: Sind die Gesellschaften in der Lage, das Gesamtniveau ihrer jeweiligen Länder und ihre komplexe Zusammensetzung zu wahren? Oder bekommen wir eine grundlegende Verschiebung der Ordnung, mit neuen, einseitigen Prioritäten des Rechts und neuen Sozialen Gruppenprivilegien? Denn der eigenverantwortlich tätige Bürger wird im Modus „Corona-Krise“ eigentlich gar nicht gebraucht - der Maßnahmen-Staat übernimmt alles Notwendige und steuert alles jeden Tag „auf Sicht“. Vom Bürger wird nur „Zusammenhalten“ (eingehegt mit Distanz und Maske) gebraucht. Und dieser Zustand wird nicht von selbst ein Ende finden – es lassen sich ja immer neue große Bedrohungen für die Gesundheit finden.

Die geschichtliche Prüfung für unser Land besteht also darin, seine bürgerliche Gesamtgrundlage und seine freiheitlich-demokratische Gesamtordnung nicht durch eine Gesundheits-Bedrohung aus den Angeln heben zu lassen. Das ist der Clou des modernen Verfassungsstaates: Er gibt Grundrechten wie der Gewerbe- und Berufsfreiheit, der Freiheit von Wissenschaft, Bildung und Kunst einen so hohen Rang, damit sie nicht wegen dieser oder jener Einzelkrise verdrängt und zerstört werden können. Und für diesen hohen Rang genügt es nicht, dass er

nur als Verfassungstext aufgeschrieben wird – die Unteilbarkeit der Verfassung muss in realgeschichtlichen Prüfungen erhärtet werden und dadurch wirklich eine Grundsicherheit der Bürger bilden.

Wenn der Zug plötzlich hält...

Einstweilen scheint Deutschland noch weit davon entfernt, diese geschichtliche Prüfung zu bestehen. Die Menschen sind erst dabei, sich allmählich über den Ernst der Lage klarzuwerden. Unsere Republik gleicht einem Eisenbahnzug, der auf freier Strecke plötzlich zum Halten kommt. Aus dem Zuglautsprecher hören die Reisenden: „Wir haben einen kurzen Halt wegen einer technischen Störung. Es geht gleich weiter.“ Die Reisenden sind beruhigt. Sie kennen das ja aus mancher Erfahrung – es geht wirklich gleich weiter. Auch als die Stimme aus dem Lautsprecher verkündet, dass es „noch ein bisschen länger“ dauert und man „daran arbeitet“, sind die Reisenden noch besonders beunruhigt. Sie horchen kurz auf, beruhigen sich aber wieder. Doch dann zieht sich der Halt immer länger hin. Der Lautsprecher schweigt. Stattdessen hört man jetzt merkwürdige Geräusche im Zug, die Temperatur im Abteil steigt, das Summen der Klimaanlage hat aufgehört. Der Zug liegt auf einmal ganz still da. Dann flackert das Licht und geht kurz darauf ganz aus. Jetzt werden die Reisenden unruhig. Die einen empören sich „Das kann doch nicht wahr sein“, die anderen schimpfen „typisch Bundesbahn“. Andere versuchen Fenster und Türen zu öffnen. Vergebens, denn beides ist blockiert. Allmählich ahnt man: Auf diese Krise ist der Hightech-Zug nicht vorbereitet. Sicherheitsreserven wurden abgeschafft. Auch wenn der Halt eventuell zu Beginn durch ein begrenztes Problem auf der Strecke verursacht war, so ist daraus jetzt eine Systemkrise des Zuges geworden. Und mit plötzlichem Erschrecken stellt man fest: Wir wurden auf alle möglichen Weltgefahren vorbereitet, aber nicht auf diese viel näherliegende Krise.

Das ist die Lage Deutschlands in diesem Herbst 2020. Man verspricht uns, dass eine wirtschaftliche Erholung schon im Gange ist, zumindest schon in Sicht, für 2021, vielleicht wird es auch 2022 werden...



Es genügt nicht, die Maßlosigkeit von „Weltkrisen“ und „Weltrettungen“ anzuprangern. Wir müssen auch begreifen, dass in unserer Zeit große Innovationssprünge nicht zu erwarten sind.

(Langsame Moderne, Teil 2)

Das Maß des Veränderbaren

25. August 2020, Gerd Held

Die Neigung, begrenzte Probleme ins Grundsätzliche zu steigern, kann dort gedeihen, wo die erreichte Differenzierung und Komplexität eines Landes nicht mehr erfasst und geachtet wird. Das kann man in der Corona-Krise sehen, und das lässt sich auch bei den anderen politischen „Großthemen“ der letzten Jahre und Jahrzehnte beobachten: Ein singuläres Ereignis (der Fukushima-Unfall) führte in Deutschland zum Kernenergie-Ausstieg. In der Schuldenkrise wurde die Griechenland-Rettung ohne Grund zu einer Frage von „Krieg oder Frieden“ überhöht. Angesichts des zunehmenden Einwanderungsdrucks an der Süd-Grenze Europas wurde der gesamte Süden zu einem Fluchtgebiet erklärt, in dem ein Überleben nicht mehr möglich sei. Aus einem begrenzten Klimawandel wurde eine akute Weltklimakrise gemacht, die einen Verzicht auf alle fossilen Energieträger erforderlich machen sollte – ohne Rücksicht auf deren tragende Rolle in Produktion, Verkehr und Alltagsleben.

Und nun der Anti-Rassismus: Aus der komplexen Entstehungsgeschichte der Neuzeit, bei der Europa und Nordamerika eine wesentliche Rolle spielten, will die Anti-Rassismus-Kampagne eine reine Unterdrückungs- und Ausbeutungsgeschichte machen. Man will die Namen der Personen und Nationen, die den Weg in die Neuzeit bahnten, aus Geschichtsbüchern und von Straßenschildern löschen. Damit wird überhaupt **die langsame Entwicklungskraft der Geschichte** aus dem Bewusstsein der Menschen getilgt – um an ihre Stelle eine „Zukunftspolitik“ zu setzen: Diese Zukunft wird einfach neu „erfunden“ oder „geschaffen“ – von einer Art „Schöpferklasse“, die die wunderbare Fähigkeit hat, alle bisherige Geschichte zu beenden und die Weltgeschichte ganz neu beginnen zu lassen.

Wer überall nur Rassismus sieht, will von realen Entwicklungsständen und -aufgaben nichts wissen. Er will auch von den Entwicklungsunterschieden in der Welt nichts wissen. Um diese Ignoranz zu verdecken (auch vor sich selber) hat er sich ein Beschwörungs-Wort zurechtgelegt, an das er ganz fest glaubt: die „große Transformation“.

Über das „Homeoffice“ und die Bedeutung von „Präsenz“

Zum Schöpfungs-Wahn der Gegenwart gehört nicht nur Verkennung der Komplexität der bisher entwickelten Welt, sondern auch eine erstaunliche Naivität der „ganz neuen“ Lösungen. Ein Beispiel dafür ist das „Home-Office“, das – angesichts der Corona-Epidemie, aber auch weit darüber hinaus – zum Grundelement einer neuen, weniger krisenanfälligen Arbeits- und Bildungsorganisation werden soll. Digitale Informations- und Kommunikationssysteme sollen dabei eine Schlüsselrolle haben. Zur Erinnerung: Das Schlüsselement, das bisher die Geschichte der Neuzeit mit ihren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Errungenschaften begleitet hat, war die „Präsenz“ der gegenständlichen Menschen in einer gegenständlichen Welt. Diese Präsenz war die Grundlage für die Aufwertung von Arbeit und industriellem Kapital, für eine weltbezogene Forschung und Bildung, für ein fest eingerichtetes Staatswesen zur Sicherung von Gewaltmonopol, technischer Infrastruktur und Sozialfonds. Erst die massenhafte Präsenz von Bürgertum und Arbeiterschaft machte auch eine wirklich repräsentative Demokratie unverzichtbar.

Allerdings ist es nicht ganz leicht, die Wirkungsweise von Präsenz zu erklären. Sie wirkt oft mit unsichtbarer Hand auf subtile Weise, und man merkt ihre Bedeutung erst, wenn sie fehlt. So stellt man jetzt, wo der Schulunterricht auf „Homeoffice“ und mediale, digitalisierte Vermittlung umgestellt wurde, fest, was dadurch alles im Bildungsprozess fehlt. So ist es kein Wunder, dass es eine heftige Diskussion über „Digitalisierung“ und „Präsenz“ gibt, nicht nur im Bildungswesen, sondern auch in der Büro- und Fabrikorganisation. Und natürlich gibt es unüberhörbare Einsprüche aus den verschiedensten kulturellen Aktivitäten - Musik, Theater,

Ausstellungen, Kino, Sport, Gastronomie, Tourismus. Sie alle verweisen darauf, dass die entwickelten Präsenz-Formen kultureller Erfahrungen und Ereignisse nicht durch die medialen Reproduktionen ersetzt werden können.

Wer behauptet, die aktuelle Krise würde der Digitalisierung der Welt „definitiv“ zum Durchbruch verhelfen, verrät eine sehr naive, simple Vorstellung von der bereits gewachsenen modernen Welt. Die „großen Lösungen“, die im Namen einer ganz neuen technischen Welt vorgeschlagen werden, kommen dabei recht alten Lösungen sehr nah. Sie sind eine neo-autoritäre Kombination von „zu klein“ und „zu groß“: Das „Homeoffice“ lässt die Hausarbeit wieder aufleben und damit den „Kleinbürger“, während die Vernetzung die Tendenz hat, die meisten Fäden bei einigen wenigen Machtpositionen zusammenlaufen zu lassen. Die Corona-Krise hat gezeigt, wie leicht es war, einige wenige Bestimmer als „Sender“ zu installieren, während die anderen auf das Zuhören und „Zusammenhalten“ verwiesen waren.

Dagegen gibt es aufklärerischen Widerspruch, zum Beispiel zur Situation an den Schulen. In einem Leitartikel in der FAZ vom 29.8.2020 vertritt Heike Schmoll unter der Überschrift „vormoderne Verhältnisse“ eine völlig entgegengesetzte Sicht der durch den Corona-Ausnahmezustand veränderten Schule:

„Corona hat die Schule in nahezu vormoderne Verhältnisse zurückversetzt. Das ist die ebenso ernüchternde wie zutreffende Bilanz des Berliner Bildungshistorikers Heinz-Elmar Tenorth, der alle Errungenschaften der vergangenen 200 Jahre aufgelöst sieht: die universale Beschulung, die einheitliche Form von Schule und Unterricht, sowie von individuellem Lernen im sozialen Kontext. Stattdessen wurden die Nachteile und Vorzüge der sozialen Herkunft wie in feudalen Verhältnissen wieder erzeugt, als Unterricht Recht und Pflicht der Eltern war, die für private Beschulung oder einen Hauslehrer sorgen konnten.“

Der Mythos der rasenden Innovation

Am 13. August erhielt ich eine Einladung zu einem „Webtalk“ der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung mit dem Titel „Aus Krisen für die Zukunft lernen – Corona als Katalysator für Innovation und Digitalisierung“. Im begleitenden Text heißt es:

„Während der vergangenen Monate haben sich zahlreiche Prozesse in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in einem rasanten Tempo gewandelt. Eine Rückkehr zum Status quo ante Corona erscheint in vielen Lebensbereichen nunmehr undenkbar. So sind beispielsweise die im beruflichen und privaten Leben eingesetzten digitalen Instrumente inzwischen zum festen Bestandteil unseres Alltags geworden. In dieser Veranstaltung wollen wir uns auf die während der Corona-Pandemie gewonnenen Fertigkeiten und Erfahrungen fokussieren.“

Dieser Beitrag, und andere mehr, haben mir klar gemacht, dass es nicht nur eine leichtsinnige Abschreibung der gewachsenen Bestände von Wirtschaft, Kultur und Staat gibt, sondern auch einen leichtfertigen Glauben an einen ständigen und sich immer weiter beschleunigenden technischen Fortschritt. Man tut so, als gäbe es eine Art „Innovations-Automatismus“ der Moderne, der ständig immer neue und grundlegende Innovationen ausspuckt. Man müsse nur mutig die sogenannten „alten Industrien“ einreißen und Platz für das neue schaffen.

Wenn man das, was die Verantwortlichen der Friedrich-Naumann-Stiftung da aufgeschrieben, ernst nimmt, dann müsste man geradezu begeistert über den Lock down sein. Wer einen Betrieb hat, wo viele Leute in geschlossenen Räumen zusammenarbeiten müssen (die Großschlachtereien sind nur ein Beispiel), sollte das als „alte Industrie“ schließen? Sollen unsere Lebensmittel nur noch handwerklich hergestellt werden? Wer ein großes Geschäft, Restaurant, Hotel, Club, Stadion hat, dessen Auslastung durch die Corona-Auflagen extrem er-

schwert wird, sind das alles Auslaufmodelle? Sollen wir zu Hause bleiben und die Welterfahrung fertig verpackt dorthin geliefert bekommen? Kein Zurück zum „Status quo ante“ muss man so übersetzen: Bloß nicht zurück zu den umständlichen Zeiten, wo man sich an andere Orte bewegen musste und sich alle möglichen, nicht vorhersehbaren Erfahrungen aussetzen musste.

Aus den Sätzen, mit denen die Leute von der Friedrich-Naumann-Stiftung die Zukunfts-Debatte orientieren (neudeutsch „framen“) wollen, kann man sehen, dass es heute offenbar eine Tendenz im Liberalismus gibt, die ihn zur Verabschiedung des bürgerlichen Daseins führen. Es gibt also nicht nur eine technokratische Linke, die das Bürgertum und die Industrie-Arbeiter im Zuge der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ auf eine bloß ausführende Rolle reduzieren wollen. Sondern es gibt inzwischen offenbar auch einen technokratischen Liberalismus, der sich als Vertreter der Digitalisierungs-Milieus sieht, die eifrig an einer schleichenden Enteignung und Verdrängung von Bürgertum und Arbeiterschaft arbeiten.

Zur modernen Welt gehören langsame Entwicklungsperioden

So zwingt die aktuelle Krise dazu, die Komplexität der modernen Welt besser zu verstehen. Zu dieser Komplexität gehört, dass es in der Moderne kein gleichförmiges oder sich ständig beschleunigendes Tempo der Innovationen gibt. Das gilt für die institutionelle Ordnung, für die wirtschaftliche Landschaft mit ihren Unternehmen und Märkten, für die technische und wissenschaftliche Entwicklung. Gerade die Technikgeschichte zeigt, dass sich in der Moderne Perioden, in denen sich große Umwälzungen und grundlegende Neuerungen häufen, mit Perioden abwechseln, in denen es keine großen Sprünge bei Techniken, Produkten und Branchen gibt. Es gibt Phasen, in denen es große Entdeckungen von Neuland gibt – neue Ressourcen, neue Handlungsmöglichkeiten, neue Produktivitätsgewinne. Die Jahre des „Wirtschaftswunders“, die es in den ersten drei Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg in vielen Ländern gab, sind dafür ein Beispiel. Aber es gibt auch längere Phasen, in denen die Zeit solche Fortschritte nicht hergibt. In dieser Phase sind nur relativ kleine Lösungen zu haben. Und hier kommt ein wichtiger Punkt: Diese Jahre der Langsamkeit (relativer Stagnation) sind keine schlimmen Jahre, denn das erreichte Niveau kann ja fortgeführt werden. Allein die Wiederholung dieses Niveaus ist schon eine große, täglich aufs Neue erbrachte Leistung. Ein Land und seine Bürger können auch auf diese Perioden der modernen Geschichte stolz sein. Sie müssen sich aber über diese Grundbedingung ihrer Zeit im Klaren sein. Das heißt, sie dürfen nicht leichtsinnig herkömmliche Produkte, Herstellungsverfahren, Betriebe abschreiben – denn sie dürfen nicht erwarten, dass Innovationen, die an ihre Stelle treten könnten, sich automatisch einstellen. Auch darf die Führung eines Landes nicht glauben, dass sie die Innovationen erzwingen kann, indem sie den Menschen ihre bisherigen Mittel wegnimmt und ihnen so den Boden unter den Füßen wegzieht. Im Gegenteil muss in solchen Perioden „das Alte“ besonders sorgfältig gehütet werden.

Das hat eine wirtschaftspolitische Konsequenz: Man muss in Zeiten, in denen die Produktivität der Wirtschaft keine großen Fortschritte macht, die Lasten, die man ihr in starken Wachstumsphasen aufgebürdet hat, wieder abnehmen. Es geht dabei nicht nur um Steuern und Bürokratie (im Sinne von Dokumentationspflichten), sondern um Sozial- und Umweltauflagen, die die Produktivität der Betriebe belasten und herkömmliche Arbeitsformen dann überlasten. Oft werden solche Auflagen benutzt, um technologische Neuerungen zu erzwingen („Produktivitätspeitsche“). Das mag in manchen Perioden funktionieren, wenn die entsprechenden Innovationen erreichbar sind. Wenn das nicht der Fall ist, wirken die Auflagen ruinös.

Deshalb ist es so wichtig, dass sich jedes Land wirklich mit seiner Lage und der Eigenart der Entwicklungsperiode, in der sich die moderne Welt als Ganzes oder einzelne Weltregionen befinden, befasst.

Warum man davon ausgehen sollte, dass unsere Zeit eine „langsame Zeit“ ist

Vieles spricht dafür, dass Deutschland (und viele andere Länder) sich seit einiger Zeit in einer solchen Phase der Moderne befinden. Die Produktivitätsfortschritte sind gering, viele Branchen sind in ihren Produkten und Herstellungsverfahren weit ausgereift, zum Beispiel beim Automobil mit Verbrennungsmotor. Aber das bedeutet nicht, dass die Leistungen dieses Automobils deshalb weniger wertvoll und irgendwie „langweilig“ wären. Man muss sich nur von zu hohen Erwartungen frei machen.

Insgesamt kommt es darauf an, dass sich Deutschland von falschen Erwartungen an den Gang der Welt und seine Rolle befreit. Dazu gehört auch, dass im politischen Wettbewerb nicht immer wieder versucht wird, mit großen Aufbrüchen und Geländegewinnen zur Macht zu kommen. Die Opposition gegen den herrschenden Mainstream wird nur erfolgreich sein können, wenn sie ein anderes Bild unserer Lage entfaltet. Wenn sie eine Kraft in der Ernüchterung dieser Nation wird. Das ist eine eigenständige, erklärende Aufgabe, die sich nicht aus der Polemik gegen die Regierung ableiten lässt.

Das „Programm“, das hier als Ausweg anvisiert wird, ist kein radikales Programm. Es versucht nicht, den Extremismus der „größten Krisen“ und der „größten Lösungen“ noch zu überbieten. Wenn man wieder an der gewachsenen Kontinuität der Moderne anknüpfen will, sollte man die angeblichen drohenden Katastrophen **entdramatisieren**. Man sollte aber auch die angeblich griffbereiten „großen Lösungen“ entdramatisieren. Je näher die vielzitierten „Innovationen“ betrachtet werden, umso mehr zeigen sie ihre Grenzen. Auch deshalb gibt es in diesem Herbst 2020 ein Gefühl der Aussichtslosigkeit und Vergeblichkeit. Die Menschen sehen das immer häufigere Versagen bei Alltagsaufgaben, und es regt sich der Verdacht, dass die Regierenden sich mit den falschen Dingen befassen. Nicht selten löst das Versagen Erstaunen und Erschrecken aus. Oft sieht man auch resigniertes Schulterzucken. Aufbruchstimmung sieht anders aus. Wir befinden uns in einer Zeit der Ernüchterung, die in Deutschland jetzt stattfindet und die längere Zeit dauern kann.

Zu dieser Ernüchterung trägt aber auch das „langsame“ Merkmal unserer Zeit bei, das nicht von den Regierenden verursacht wurde, und das auch bei einem Regierungswechsel fortbestehen wird. Es hat mit dem Gang der modernen Entwicklung selber zu tun.

Aber jetzt, angesichts einer Regierung, die mit der Idee liebäugelt, die Corona-Stilllegungen als „Chance“ zu verbuchen und als „Transformations-Peitsche“ zu benutzen, ist es besonders wichtig, dass das Land den ganzen Ernst seiner Lage übersieht. Angesichts des Fehlens eines großen Auswegs müssen alle Zusatzkosten, Auflagen und Stilllegungen, die in den vergangenen, ertragreichen Jahren beschlossen wurden, auf den Prüfstand. Sie passen nur für ein Land, das einen „großen Sprung“ nach vorn vor sich hat. Sie passen nicht für Deutschland.



Noch werden Substanz-Verluste der deutschen Wirtschaft leichtgenommen. Man setzt auf einen großen Innovationsschub für die Wertschöpfung, den die Realität gar nicht hergibt.
(Langsame Moderne, Teil 3)

Eine langsame Periode der Moderne

31. August 2020, Gerd Held

Auf der Bühne beim jüngsten Parteitag der FDP in Berlin prangte in großen Lettern die Losung „Mission Aufbruch“. Es gab Redebeiträge, in denen ein neues „Wirtschaftswunder“ beschworen wurde. Die deutschen Liberalen glauben offenbar, die Aufgabe der wirtschaftlichen Vernunft in diesen Zeiten sei es, Erwartungen in einen großen, schnellen Fortschritt zu nähren und sich durch Optimismus zu profilieren. Soll das ein Gegenentwurf zu jener „großen Transformation“ der Welt sein, für die der politische Mainstream Deutschland einspannen will? Eher müsste man das Gegenteil sagen: Die FDP will die Wirtschaft unter dem Titel „Aufbruch“, für diesen großen Transformationsplan instrumentalisieren. Man behauptet, dass die deutsche Wirtschaft einen Sprung nach vorn machen könne und alle Schwierigkeiten und Knappheiten hinter sich lassen können, wenn sie nur mutig „Innovationen“ mache. Wirtschaft und Staat könnten aus ihren gerade wieder immens gewachsenen Schulden „herauswachsen“. Die Zerstörungen der bestehenden Unternehmenslandschaft und ihrer Arbeitsplätze könnten als „produktive Zerstörung“ im Schumpeterschen Sinne gewendet werden.

Auch die deutschen Liberalen wollen also zu denen gehören, die eine „ganz neue“ Welt versprechen. Sie stehen damit nicht allein. In den Wirtschaftsteilen großer Zeitungen ist immer wieder von allen möglichen „Innovations-Schüben“ die Rede, die durch den Corona-Stillstand angeregt würden. Die Digitalisierung würde sich in vielen Bereichen nun definitiv durchsetzen. Die Ökologisierung von Energie, Verkehr, Landwirtschaft fände nun den Platz, um sich durchzusetzen. Neue Arbeitsplätze und Arbeitslandschaften seien schon im Entstehen. Und ganz neue Großstädte gäbe es, in denen die digitalisierten Beziehungen die Krise von Läden, Gastronomie, Clubs und Hotels vergessen machen würden. Wo noch Mobilität gefragt ist, wäre sie ganz entspannt mit dem Fahrrad zu bewältigen.

Die Tiefe der Wirtschaftskrise

Es ist verblüffend: Gerade war noch von der „größten Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg“ die Rede. Und nun ruft man in diese Krise „Aufbruch!“ und „Zukunft!“ hinein. Das hat mit einer Aufklärung, die an den selbständigen Gebrauch des eigenen Verstandes appelliert, wenig zu tun – aber sehr viel mit psychologischer Steuerung von Stimmungen. Dabei gibt es durchaus genug Berichte, aus denen man die Tiefe der Krise durchaus herauslesen kann. Die Wahrnehmung der Corona-Gefahr ist keineswegs auf ein vernünftig begrenztes Maß zurückgeführt, das nachhaltig Vertrauen schaffen könnte. Im Gegenteil gefällt sich die Politik darin, immer wieder neue „Wellen“ zu beschwören und damit „höchste Gefahren“ im Raum stehen zu lassen. Zugleich wird der wirtschaftliche Schaden durch die Corona-Politik mit ihrem Hin und Her zwischen Schließung und Öffnung ganz unzureichend beschrieben. Ein bisschen „Öff-

nen“ bringt noch nicht jenes massenhafte Zusammenwirken, das nötig ist, um positive Erträge zu erwirtschaften. Mancher Wissenschaftler liest aus wieder zunehmendem LKW-Verkehr und Stromverbrauch der Betriebe schon eine Wirtschafts-Erholung. Dabei werden solche Indikatoren auch von Betrieben oder Geschäften gespeist, die weiterhin rote Zahlen schreiben. Immer noch gilt für einen sehr großen Teil der Unternehmen, dass ihre Erträge die Kosten nicht decken und sie daher von ihren Rücklagen (von ihrer Substanz) zehren müssen. Oder sie müssen Schulden machen. Hier findet ein Zerstörungsprozess statt, der sich langsam immer tiefer durch den Boden der Volkswirtschaft frisst. Ein Großteil der Unternehmen weiß heute nicht, von welchen Erträgen er in absehbarer Zeit die Schulden abtragen oder die verbrauchten Reserven wieder auffüllen könnte. Es geht also nicht nur darum, dass die Wirtschaft mal eben „unterwegs“ zu einem Halt gezwungen wäre. Vielmehr ist das Wirtschaftsleben in seiner produktiven Substanz getroffen. Die Fähigkeit der Volkswirtschaft zur Reproduktion der eigenen Grundlagen ist nachhaltig beschädigt.

Folgen für die Staatsfinanzen

Ähnliches muss für die deutschen Staatsfinanzen festgestellt werden, deren Solidität ja lange Zeit und nicht ohne Grund als Trumpf angesehen wurde. Aber dieser Trumpf ist nun in der gigantischen Überbrückungs-Finanzierung ausgespielt worden. Er kann nicht zweimal ausgespielt werden. Das mühsam durch manchen harten Einschnitt ersparte Geld ist weg. Es kann nicht weiter die Bonität der deutschen Schulden garantieren und nachhaltig Sicherheit bieten. Die Schulden der öffentlichen Hand haben in Deutschland haben im Verhältnis zum Bruttonationalprodukt jetzt Größenordnungen erreicht, die früher bei anderen Ländern als unsolid bezeichnet wurden. Es ist auch keine neuen Staatseinnahmen in Sicht, die ein „Herauswachsen“ aus den Schulden oder gar einen wirklichen Schuldenabbau ermöglichen würden. Da ist es kein Trost, dass die Schieflage anderer Länder noch größer ist. Das bringt das Vertrauen, das letztlich für die Entscheidung zum Kreditgeben unabdingbar ist, nicht zurück.

Die Frage der Produktivitätsentwicklung

Erst vor diesem Hintergrund wird der Ernst deutlich, mit dem die Diskussion über den zukünftigen Weg der deutschen Wirtschaft zu führen ist. Erstens: Sie kann nicht als Konjunktur-Problem geführt werden. Der Einbruch ist durch keine Konjunktur der Welt korrigierbar. Zweitens: Es genügt auch nicht, einfach auf „Innovationen“ und „Kreativität“ zu verweisen. Die Innovationen müssen realwirtschaftlich relevant sein, und sie müssen tatsächlich eine zusätzliche Wertschöpfung ermöglichen. Sie müssen so produktiv sein, dass sie die erlittene substanzielle Beschädigung der Wertschöpfung wettmachen können. So etwas hat es historisch durchaus gegeben – zum Beispiel nach der fundamentalen Wirtschaftskrise durch den 2. Weltkrieg. Damals fiel der Wiederaufbau in eine Periode von drei Jahrzehnten starker Produktivitätsgewinne (1945-1975). Das „Wirtschaftswunder“ hatte nicht nur eine Aufbruchstimmung oder eine bestimmte politische Steuerung zur Grundlage, sondern fiel in eine technikgeschichtlich besonders dynamische Periode.

Eine schnelle oder eine langsame Periode?

Das führt zur wirtschaftlichen Grundfrage unserer Zeit: Gibt unsere Zeitperiode einen vergleichbaren Produktivitätsfortschritt her? Dann könnte man zuversichtlich die Zerstörungen

hinnehmen und an ihrer Stelle etwas ganz Neues aufbauen. Man hätte einen „Strukturwandel“ vor sich, der zwar einiges an Anpassung abverlangen würde, bei dem aber ein greifbares „Neuland“ zu erwarten wäre. Wenn hingegen unsere Zeit diesen großen Produktivitätsschub nicht hergibt, sehen die Konsequenzen ganz anders aus: Dann brauchen wir eine große, flächendeckende Entlastung der Volkswirtschaft. Insbesondere im produzierenden Gewerbe müssen jene Abgaben, Auflagen, Normen und Stilllegungsfristen auf den Prüfstand, die sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten – oft unter dem Titel „Soziales“ und „Ökologie“ - ausgebreitet haben, ohne auf die Entwicklung von Produktivität und Wertschöpfung Rücksicht zu nehmen.

Die wirtschaftliche Grundfrage lautet also, ob wir uns in einer Periode langsamen oder schnellen Produktivitätsfortschritts befinden. Diese Frage lässt sich nicht prinzipiell beantworten, sondern nur durch Betrachtung der realwirtschaftlichen Realität im historischen Maßstab. Es geht also nicht darum, ob wir uns in der Ära der Neuzeit befinden, in modernen Zeiten also. Es geht nicht darum, über irgendeine „Postmoderne“ oder „Spätmoderne“ zu spekulieren. Man darf sich auch nicht einreden lassen, dass nur diejenigen, die von einem schnellen Fortschritt und „neuen Aufbruch“ sprechen, modern und fortschrittlich sind, während diejenigen, die ein langsames Entwicklungstempo sehen, rückwärtsgewandt, nostalgisch oder gar reaktionär sind. Die Diagnose „langsamere Periode“ darf auch nicht mit der Forderung nach einer „Entschleunigung“ verwechselt werden, die ja das erreichte technische Niveau in Frage stellt und beispielsweise das Automobil als Massenverkehrsmittel zum Sündenfall erklärt.

Eine „produktive Zerstörung“ durch das Corona-Virus?

In einer Einladung zu einer Veranstaltung der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung mit dem Titel „Aus Krisen für die Zukunft lernen – Corona als Katalysator für Innovation und Digitalisierung“ heißt es:

„Während der vergangenen Monate haben sich zahlreiche Prozesse in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in einem rasanten Tempo gewandelt. Eine Rückkehr zum Status quo ante Corona erscheint in vielen Lebensbereichen nunmehr undenkbar. So sind beispielsweise die im beruflichen und privaten Leben eingesetzten digitalen Instrumente inzwischen zum festen Bestandteil unseres Alltags geworden. In dieser Veranstaltung wollen wir uns auf die während der Corona-Pandemie gewonnenen Fertigkeiten und Erfahrungen fokussieren.“

Wenn man das ernst nimmt, müsste man geradezu begeistert über den Lock down im Frühjahr dieses Jahres sein. Dass die Grünen versuchen, die Corona-Stillstände zu nutzen, um ihre Energie-, Verkehrs-, Landwirtschafts- und Ernährungswende in die entstandene Lücke zu drücken, ist unübersehbar. Aber es gibt offenbar auch eine Neigung im deutschen Liberalismus zu so einem Durchdrücken – insbesondere, wenn es um die Digitalisierung von Wirtschaft, Bildung und Alltagsleben geht. Von dieser Seite wird oft der Begriff der „produktiven Zerstörung“ (Schumpeter) ins Spiel gebracht. Aber nicht jede Zerstörung von bestehender Wirtschaftssubstanz ist produktiv. Das gilt besonders dann, wenn die Realprozesse des produzierenden Gewerbes, die öffentlichen Formen des Warenverkaufs und Konsums, die Massenverkehrsmittel oder der öffentliche Schulunterricht getroffen sind. Viele Menschen machen in diesen Tagen die Erfahrung, dass die Digitalisierung mehr zerstört als sie ersetzen kann.

Es wäre daher auch ganz töricht von einem **Innovations-Automatismus** auszugehen: Es genüge, etwas stillzulegen, um die Kräfte der Innovation gewissermaßen „anzuregen“. Die Moderne wäre dann eine Art „Innovations-Automat“, den man nur unter Druck setzen muss, damit er neue, produktivere Lösungen liefert. Jetzt, in der Corona-Krise soll man auf diesen Au-

tomaten setzen können. Auch in der Klima-Krise könnte man ruhig die CO2-Emissionskosten so hochschrauben, dass sie in vielen Gewerben unbezahlbar wären – das würde am Markt eine heilsame Selektion „überholter“ Betriebe und Branchen auslösen.

„Langsame Jahrzehnte“ sind keine schwachen Jahre

Die Alternative „Aufbruch oder Rückschritt“ ist eine törichte Alternative. Die Unterscheidung von Perioden schnellen und langsamen Fortschritts kann aus dieser schlechten Alternative herausführen. Sie kann die Lage von Volkswirtschaften präziser verstehen und die sehr unterschiedlichen Konsequenzen für das Handeln klarer erfassen. Wenn wir Perioden langsamen Fortschritts als grundlegenden Bestandteil der modernen Welt anerkennen, kann das dazu führen, dass wir vorsichtiger beim Abschalten und Verabschieden bestehender Technologien, Fachkenntnisse, Betriebe und Branchen sind. Und dass wir den Wert einer bestehenden Produktivität und Wertschöpfung erkennen. Das ist der entscheidende Punkt: Die „langsamen Jahrzehnte“ sind keine schlimmen Jahre, denn das erreichte Niveau kann hier ja fortgeführt werden. Allein die Wiederholung dieses Niveaus ist schon eine große, täglich aufs Neue erbrachte Leistung. Ein Land und seine Bürger können auch auf diese Perioden der Geschichte stolz sein. Auch in diesen Perioden ist es modern. Die Wirtschaft der Moderne zeichnet sich durch ein bestimmtes, erhöhtes Niveau der Wertschöpfung aus und schon das Halten dieses Niveaus rechtfertigt die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung und ihre Marktwirtschaft. Die Vorstellung, der höchste Daseinszweck der Moderne sei die ständige Innovation und das unaufhörliche Sich-Neu-Erfinden der Menschen ist eine Denkfalle.